



Drensteinfurt, 11. Februar 2020

Antrag, Diskussionsbeitrag und Pressemitteilung der CDU-Fraktion in der Ratssitzung der Stadt Drensteinfurt, 11. Februar 2020 zum beantragten TOP von Bündnis 90/Die Grünen „Sicherer Hafen für geflüchtete Menschen“

Die CDU-Fraktion beantragt über nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen zu lassen:

- 1. Der Rat der Stadt Drensteinfurt erklärt die uneingeschränkte Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen der humanitären Hilfe und der von der Bundesregierung beschlossenen Zuteilung nach dem sog. 'Königsteiner Schlüssel' aufzunehmen und mit allen kommunalen Anstrengungen für eine gesicherte, menschliche und möglichst dezentrale Unterbringung zu sorgen.**
- 2. Der Rat der Stadt Drensteinfurt fordert Bund und das Land NRW auf, im Einvernehmen mit der Europäischen Union endlich zu beginnen, die ursächlichen Misereen zu beheben, warum Menschen aus ihren Heimatländern fliehen müssen – immer wieder fliehen müssen unter Einsatz ihres Lebens, wenn sie lebensbedrohende Fluchtwege nutzen, in völlig unzulänglichen Schiffen das Mittelmeer überqueren, in der Sahara verdursten oder sich skrupellosen Schlepperbanden ausliefern müssen, weil ihnen in ihren Kriegs- und Krisenländern Elend und Tod durch Waffen, Bomben oder Mangelkrankheiten drohen. Jede Hilfe vor Ort an den Brandherden Vorderasiens, Asiens und Afrika ist um ein vielfaches sinnvoller als symbolische Aufrufe und Erklärungen bei uns z. B. hier im Rat der Stadt Drensteinfurt.**
- 3. Der Rat der Stadt Drensteinfurt stellt fest, dass Drensteinfurt ein 'Sicherer Hafen' ist, und zwar nicht nur für die zu uns flüchtenden Menschen, die auf der waghalsigen Überquerung des Mittelmeeres auf den rund 250 km Seeweg nach Lampedusa, Sizilien oder anderswo in Seenot geraten, Drensteinfurt ist auch eine 'sichere Oase' für Flüchtlinge auf dem Treck z. B. durch die Sahara zur Küste; Drensteinfurt ist 'sicherer Hafen und gesicherte Oase' für alle Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Grenzen unserer Kommune mit aller notwendigen Infrastruktur. Dieses war in der Vergangenheit so, das ist 'Status quo' heute, und wird auch in Zukunft so bleiben. Das verbürgen der Rat der Stadt Drensteinfurt mit allen Fraktionen und die Verwaltung mit Bürgermeister Carsten Grawunder. Dazu braucht es nicht eines Anschlusses an die sogenannte 'Potsdamer Erklärung', als dem Zusammenschluss der „Städte Sicherer Häfen“.**

Begründung und Presseerklärung:

Drensteinfurt mit allen Ortsteilen hat in den letzten 75 Jahren mehrfach bewiesen, dass sie eine menschenfreundliche Stadt ist, die Flüchtlingen aus Kriegs-, Krisen- und/oder

Katastrophengebieten menschlich und sozial verträglich ein „zu Hause“ bietet und zusichert und Ausländerinnen und Ausländer im Sinne der Integration und Inklusion aufnimmt. Dieses war so bei der Flüchtlingswelle aus dem Osten nach dem fürchterlichen „Zweiten Weltkrieg“. In den 50-er bis 70-er Jahre waren es die Fremdarbeiter hauptsächlich aus Italien und Spanien; dann folgte die Auswanderung der Deutsch-Stämmigen aus Russland, Polen und dem Ostblock. Vor 5 Jahren waren wir im Zeichen der Millionen Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, den asiatischen und nordafrikanischen Staaten bereit, enorme Aufwendungen auf uns zu nehmen, um all diese Flüchtlinge bei uns in menschenwürdigen Unterkünften aufzunehmen. Da sind wir mit Notunterkünften – Beispiel Dreingau-Halle – schon an unsere Grenzen gestoßen. Dafür haben wir nämlich einen Teil unserer Infrastruktur für Monate und Jahre umfunktioniert – denken wir an Jugendheime, Sporthallen und Containeranlagen. Genau diese gerade beschriebene Schließung von Sport- und Sozialanlagen für die gesamte Bevölkerung haben wir in den vergangenen 5 Jahren Schritt für Schritt beendet durch Anmietung von Wohnraum, Kauf und Neubau mehrerer Übergangswohnheime – auch der Etat 2020 weist im Produktbereich „05.03 Soziale Einrichtungen“ für Aussiedler und Ausländer eine Investition von 550.000 € aus. Genau diese Anstrengungen sind Leistungen, die die Stadt Drensteinfurt bringen kann und wird. Alle weiteren Forderungen aus dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mögen gut gemeint sein, sind vordergründig aber aktionistisch und nutzen den Flüchtlingen auf den gefährlichen Mittelmeerseerouten oder anderen Fluchtwegen überhaupt nicht. Es ist eine menschliche Tragödie, dass in den vergangenen 5 Jahren nahezu 15.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind; genauso tragisch ist es, dass 30.000 Menschen – darunter hauptsächlich Frauen und Kinder – auf dem Weg durch die Wüste ihr Leben verloren, wie es auch grausam ist, Flüchtlinge in Lagern mit unmenschlichen Lebensverhältnissen wie in der Türkei, in Griechenland oder Nordafrika einzäunt. Dieses fürchterliche Elend zu lindern, zu beheben, ist ebenfalls Aufgabe und Pflicht der Bundesrepublik Deutschland im Verbund der Europäischen Union und der vereinten Nationen.

Drensteinfurt, wir als kleine Kommune, können nicht die Not und das Elend in den verarmten und zerstörten Ländern lindern oder beheben; wir können nicht Kriege, Zerstörung und Massenmord verhindern, aber wir müssen alle die uneingeschränkt unterstützen, die nicht nur die Symptome infolge der Krisenherde lindern, sondern die gemeinsam mit der Europäischen Union, den USA und ich hoffe auch mit Russland in diesen zerbombten und vernichteten Heimatländer den Flüchtenden vor Ort einen „Sicheren Hafen“, eine „sichere Oase“ garantieren, endlich das Elend beenden. Dafür sollten uns allen alle Bemühungen ganz viel wert sein.

Es darf nicht passieren, dass eine Flüchtlingsaufnahme über den beschlossenen Rahmen des „Königsteiner Schlüssels“ in Drensteinfurt nicht mehr von der Kommune mit Hilfe der Bevölkerung mit humanitären Unterbringungen geleistet werden kann – schlimmer – nicht mehr akzeptiert wird. Die CDU-Fraktion weist eindrücklich auf unseren Beschlussvorschlag mit den Punkten 1 bis 3 hin. Wir müssen rechtsradikalen Forderungen geschlossen entgegen treten.

Gez.

Heinrich Töns (CDU-Fraktion im Rat der Stadt Drensteinfurt)